

Keine Kollision mit Stadtbuskonzept

I. Senat beschließt Nahverkehrsplan Memmingen - Unterallgäu

Memmingen – Um die Fortschreibung des Nahverkehrsplans für den Raum Memmingen – Unterallgäu ging es in der jüngsten Sitzung des I. Senats, dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss. Oberbürgermeister Manfred Schilder musste dabei allerdings erst einmal Aufklärungsarbeit leisten, weil einzelne Senatsmitglieder den Unterschied zum kürzlich verabschiedeten Stadtbuskonzept nicht so ganz verstanden hatten.

Der Beschluss des Stadtbuskonzeptes im vergangenen April sei mit diesem Nahverkehrsplan in keinsten Weise aufgehoben, konnte der Rathauschef die Senatsmitglieder beruhigen. Aber es gebe um Memmingen herum auch ein Umland, das man in die Planungen einbeziehen müsse. Mit dem Landkreis Unterallgäu gebe es dafür auch die rechtlichen Voraussetzungen, weil er im gleichen Regierungsbezirk liegt. Schwieriger sei es dagegen mit dem angrenzenden Baden Württemberg. Da gebe es noch ein „dickes Brett zu bohren“, so Schilder. Referatsleiter Thomas Schuhmeier erläuterte, dass bei solchen Plänen immer unterschiedlichste Interessen berücksichtigt werden müssten. Da gebe es auf der einen Seite die Interessen der Busunternehmer, die auf die Wirtschaftlichkeit ausgerichtet sind, und auf der anderen Seite die Interessen zum Beispiel des Behindertenbeirats und der Nah-

verkehrsnutzer. Auf die Nachfrage nach den Anzeigen an Bushaltestellen, wann der nächste Bus ankommt, gebe es das Problem der Infrastruktur. Stromleitungen müssten gelegt werden und das Ganze sei natürlich mit Kosten verbunden, erläuterte Schuhmeier.

Grundtenor bei der Diskussion war, dass es um den ÖPNV nicht gut bestellt ist. Man sei an einem Punkt angelangt, wo die Daseinsversorgung nicht mehr gewährleistet ist und man gegen Grenz- und Richtwerte verstoße. Ein weiteres Problem seien die Konzessionen, die an die Busunternehmer vergeben wurden und die teilweise noch viele Jahre bindend seien. Große Sorge bereiteten den Senatsmitglie-

der auch, dass der Nahverkehrsplan das beschlossene Stadtbuskonzept aushebeln könnte. Dem konnte Schilder aber entgegenreten. Man könne das Stadtbuskonzept durchführen, sofern es von der Regierung von Schwaben genehmigt werde. Bereits seit 1993 gibt es diesen Nahverkehrsplan in Zusammenarbeit mit dem Landkreis, der zuletzt 2014 weiterentwickelt wurde. Der Anteil der Kosten für die Stadt Memmingen beläuft sich dabei lediglich auf 17 Prozent, was den bedeutend geringeren Nutzkilometern geschuldet ist. Der Verkehrsplan beinhaltet eine Bestandsaufnahme der Situation, eine Schwachstellenanalyse, die Betrachtung der

(Fortsetzung Seite 2)



Das Memminger Stadtbuskonzept kann unabhängig vom Nahverkehrsplan Memmingen – Unterallgäu durchgeführt werden. Foto: Würth

Keine Kollision...

voraussichtlichen Entwicklung des Nahverkehrs, die Barrierefreiheit und eine Maßnahmenkonzeption. Der Nahverkehrsplan ist eine reine Absichtserklärung und enthält keinerlei Verträge. Der Unterallgäuer Kreistag hatte den dem Senat vorgelegten Plan kürzlich schon verabschiedet. Neben der Verwaltung, den Verkehrsunternehmen und den Behindertenbeauftragten waren auch der ÖPNV-Beirat des Landkreises Unterallgäu und der ÖPNV-Arbeitskreis der Stadt Memmingen im Arbeitskreis beteiligt.

Online-Verfahren

In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurde die Vereinfachung von Antragstellungen im Online-Verfahren behandelt.



Unsere Verkaufsstellen in MM:
Bellandris Kutter Europastr.
Freitag und Samstag ab 9 Uhr
Seit über 50 Jahren
auf Ihrem Wochenmarkt MM

Michael Haugg, Internetadministrator im Amt für Informations- und Kommunikationstechnik, erläuterte zu Beginn die bisherige Nutzung der Memminger auf dem Bürger-Service-Portal der Webseite der Stadt. Die größten Aktivitäten habe es bei der Buchung von Wunschkenn-

zeichen für Kraftfahrzeuge gegeben, gefolgt von der Melde-registerrauskunft. Im vergangenen Jahr habe es wegen der Bundestagswahl auch sehr viele Anfragen zur Briefwahl gegeben, so Haugg weiter. Der neueste Fortschritt sei, dass bei einem abgemeldeten Fahrzeug die Wiederanmeldung durch den gleichen Fahrzeughalter nun auch online durchgeführt werden könne. Ein Problem bei der Erweiterung des digitalen Angebots seien meist die rechtlichen Hürden, so Haugg. Viele Anträge müssten unterschrieben werden und die digitale ID entspreche meist noch nicht den gesetzlichen Anforderungen, ergänzte Oberbürgermeister Manfred Schilder. (ew)